



Erster Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen *Keine Überraschung, aber viele politische Herausforderungen*

Seite 1/5

Überblick

- Der scheidende Präsident Emmanuel Macron verzeichnet ein höheres Ergebnis als 2017 (24,01%) und kommt auf 27,6 % der Stimmen; vor der Kandidatin des rechtspopulistischen Rassemblement National, Marine Le Pen, die mit 23,4 % der Stimmen ebenfalls einen neuen Wahlrekord aufstellt (2017: 21,3%).
- Der Einzug von Emmanuel Macron und Marine Le Pen in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen ist **keine Überraschung**. Seit ihrem letzten Duell im Jahr 2017 haben sich der Staatschef und die Kandidatin des Rassemblement National bemüht, die damals aufkommende **Spaltung zwischen Progressiven und Nationalisten** zu bestätigen und das traditionelle politische Rechts-Links-Wechselspiel aufzubrechen. Der „Erfolg“ dieser politischen Lesart ist nach diesem ersten Wahlgang so offensichtlich, dass die politische Landschaft um sie herum zerstört erscheint. Eine Ausnahme stellt der Linkspopulist Jean-Luc Mélenchon dar (21,9%).
- Geprägt durch den politischen Diskurs des Kampfes zwischen progressivem und nationalistischem Lager haben sich viele Wähler für einen „vote utile“, also eine Wahl, die auf **strategische Überlegungen und nicht politische Präferenzen** basiert, entschieden. Dies betrifft sowohl Wähler aus dem linken als auch aus dem rechten Lager. Die politische Landschaft Frankreichs ist nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen somit dreigeteilt. Der progressiven En Marche-Bewegung stehen lediglich noch der rechts- und linksextreme Rand gegenüber; die früheren Volksparteien, die Parti socialiste (10. Platz ; 1,7%) und das bürgerlich-konservative Lager (5. Platz, 4,8%) finden sich auf den hinteren Plätzen wieder.
- Obwohl das Ergebnis grundsätzlich keine Überraschung darstellt, sprechen französische Medien und Experten dennoch von einem „**Donnerschlag**“ für die **französische Demokratie**, was auf den politischen Kontext zurückzuführen, in dem es zustande kam: Die Wahlenthaltung stellt mit rund 27 %, der höchste Wert seit 20 Jahren (2002: 28,4%) dar. In der stark zersplitterten Parteienlandschaft scheint der sogenannte „**Front républicain**“, also die Bildung eines starken Bündnisses der demokratischen Parteien gegen die Wahl einer rechtsextremen Partei, nicht mehr sichergestellt. Staatspräsident Emmanuel Macron ist zwar nach wie vor Favorit für den zweiten Wahlgang, aber noch nie hatte ein Vertreter des ehemaligen Front National - Marine Le Pen 2017 oder ihr Vater Jean-Marie Le Pen 2002 - eine so **günstige Ausgangslage**. Die Stichwahl wird am 24. April stattfinden.
- Im Fokus der Prognosen für die anstehende Stichwahl stehen die **Stimmenwanderungen**. Insbesondere die Wähler des **linkspopulistischen Kandidaten Jean-Luc Mélenchon** (22% im ersten Wahlgang) werden

ausschlaggebend für das finale Ergebnis sein. Mélenchon rief am Wahlabend des ersten Wahlgangs nicht explizit zur Wahl Macrons auf, forderte seine Wähler dennoch auf, keine „definitiv irreparablen Fehler“ zu begehen; dem rechtsextremen Lager sei keine einzige Stimme zu geben. Bereits 2017 hatten viele seiner Wähler jedoch eine **Stimmenthaltung** bevorzugt.

- Staatspräsident Emmanuel Macron kann im Wahljahr 2022 zudem nicht auf viele zusätzliche Stimmen aus dem **bürgerlich-konservativen Lager** hoffen. Die Kandidatin der Partei Les Républicains (LR), Valérie Pécresse, landete in der ersten Runde mit 4,8 % der Stimmen auf dem fünften Platz. Ein wahres Wahldebakel im Vergleich zu dem Ergebnis, das François Fillon 2017 erzielt hatte (20,01 %) und Macron im zweiten Wahlgang 2017 weitere Stimmen sicherstellte. Valérie Pécresse versicherte, dass sie sich „nach bestem Wissen und Gewissen“ für Emmanuel Macron stimmen würde und forderte ihre Wähler auf, „die potenziell katastrophalen Folgen“ eines Sieges von Marine Le Pen abzuwägen. Der Parteivorsitzende der LR, Christian Jacob, wies darauf hin, dass Marine Le Pen keine Stimme im zweiten Wahlgang zukommen solle, da ihr politisches und wirtschaftliches Projekt Frankreich ins Chaos führen würde. Die Parteispitze stimmte am 11. April über einen entsprechenden Text ab.
- Die **sozialistische Partei mit Anne Hidalgo** (1,7 %) bestätigt ihr sich seit 2017 abzeichnendes Verschwinden von der politischen Bühne (6,36 % für Benoît Hamon). Die Bürgermeisterin von Paris landete sogar hinter dem Kandidaten der **Kommunisten**, Fabien Roussel (2,3 %). Der **Grüne Yannick Jadot** konnte sein gutes Ergebnis von den Europawahlen 2019 nicht bestätigen (4,6%). Wie Anne Hidalgo und Fabien Roussel rief auch der Europaabgeordnete dazu auf, Marine Le Pen den Weg zum Präsidentschaftsamt zu versperren.
- Mit 7,1% der Stimmen gelang es dem **rechtsnationalistischen Kandidaten Eric Zemmour** sich als viertstärkste Kraft im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu etablieren. Auch wenn das Ergebnis bei Weitem nicht den Umfragewerten im Vorfeld der Wahlen entspricht (hier erlangte Zemmour zum Teil höhere Zustimmungswerte als Marine Le Pen) bietet die Wählerschaft von Zemmour dennoch eine größere Stimmenreserve für den Rassemblement National als Nicolas Dupont-Aignan im Jahr 2017 (damals kam der Souveränist auf 4,7 %). Zemmour rief trotz „Meinungsverschiedenheiten“ für eine Wahl Marine Le Pens auf.

Ausblick – Frankreich und Europa stehen vor großen Herausforderungen:

Schlaglicht 1

Rund 57% der französischen Wähler haben im 1. Wahlgang einem radikalen Kandidaten ihre Stimme gegeben. Die Volksparteien liegen am Boden (7 %).

Die Neukonstituierung der politischen Landschaft stellt für Frankreichs Parteien und Gesellschaft eine klare Herausforderung dar. Dort wo klare politische Verhältnisse ein demokratisches Wechselspiel zwischen linkem und rechtem Lager gewährleistet haben, birgt eine starke Wählervolatilität ohne Parteibindung ein Machtvakuum für die politischen Ränder, die mit populistischen Wahlversprechen mobilisieren können. Sollte nur noch eine Allianz der politischen Mitte als demokratischer Garant in Frankreich stehen, besteht die Gefahr, dass Politikverdrossenheit und Wunsch nach politischer Erneuerung auch moderate Wähler in die Arme der politischen Ränder treiben.

Schlaglicht 2

Die starke Zustimmung für Marine Le Pen sollte für Europa aus demokratischer Sicht eine Warnung sein. Auch bei einer Wahlniederlage im zweiten Wahlgang ist die Gefahr von rechts in Frankreich, auch in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2027 nicht gebannt. Eine Wahl von Marine Le Pen hätte aber auch konkrete Auswirkungen auf die Politik der Europäischen Union und die bilateralen Beziehungen mit Deutschland.

Marine Le Pens Agenda für Europa ist auf dem Blatt nationalistisch und symbolträchtig; faktisch impliziert ihr Wahlprogramm jedoch eine Missachtung der europäischen Verträge, insbesondere im Bereich der Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen. Die Senkung des Beitrags Frankreich zum EU-Haushalt ist eine zentrale Forderung ihres Programms. Auch wenn Le Pen im Wahlkampf im Vergleich zum Wahljahr 2017 Abstand von ihren Forderungen eines Austritts aus der Eurozone genommen hat, weisen viele Punkte ihres Programms klar darauf hin, dass ein Frexit innerhalb des rechtspopulistischen Lagers weiterhin als Option gehandelt wird.

Schlaglicht 3

Der Präsidentschaftskandidatin des bürgerlich konservativen Lagers, Valérie Pécresse, ist der Spagat nicht gelungen: Sie konnte nicht den moderaten und den konservativen Flügel der Partei hinter sich versammeln (wirtschaftsliberal/europäisch vs. protektionistisch/Sicherheit/Migration).

Auch wenn Valérie Pécresse und ihrem Wahlkampfteam Fehler unterlaufen sind, kann das desaströse Ergebnis des bürgerlich-konservativen Lagers nicht hauptsächlich der Kandidatin angelastet werden. Wenn auch in weniger starkem Ausmaß als bei der Sozialistischen Partei, hat der Auflösungsprozess des bürgerlich-konservativem Lagers bereits vorher begonnen. Eine erneute Spaltung der Sammelpartei scheint möglich. Genau zu beobachten gilt, ob Teile der Partei durch Rassemblement National und Reconquête absorbiert werden; von der Abwanderung Macron-kompatibler Akteure zu En Marche oder bewegungsnahen Parteien ist auszugehen. Da die Partei unter 5% gelandet ist, ist auch die Rückzahlung der Wahlkampfkosten durch den französischen Staat nicht sichergestellt, was zusätzlich ein finanzielles Desaster für die Partei darstellt.

Schlaglicht 4

Nach den guten Ergebnissen der Grünen bei den Europa- (2019) und Kommunalwahlen hatte sich Partei auch gute Wahlergebnisse für die Präsidentschaftswahlen 2022 erhofft. Die grüne Welle blieb jedoch aus; die Themen Klima und Umwelt mobilisierten nur einen kleinen Anteil der Wähler

Obwohl die Franzosen das Thema Klima und Umwelt durchaus als wichtiges Thema für die Präsidentschaftswahlen 2022 identifiziert haben (Viertwichtigstes Thema, Umfrage IPSOS vom 10. April), konnte sich das Thema in den Debatten und Wahlprogrammen nicht durchsetzen. Weder die letzten beiden Berichte des Weltklimarates (IPCC), noch die Klimamärsche, die am 9. April in Frankreich stattfanden, oder die durch den Krieg in der Ukraine aufgeworfene Frage der Energie- und Ernährungssicherheit haben es geschafft, die Umweltproblematik auf die Wahlagenda zu setzen. Es bleibt in diesem Kontext zudem zu betonen, dass das Thema Atomstrom in Frankreich einem gesellschaftlichen Grundkonsens untersteht. Auch der Grünen-Kandidat Jadot bezeichnete so im Wahlkampf die Schließung von Atomkraftwerken im aktuellen Kontext als „unverantwortlich und suizidal“.

Schlaglicht 5

Nach der Wahl ist vor der Wahl I: Die Wahlergebnisse des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen bringen eine neue Dynamik für die Parlamentswahlen, die im Juni stattfinden werden; auch in diesem Kontext sollten Europa und Deutschland genau hinschauen.

Der „Republikanische Front“, um eine Wahl von Marine Le Pen zu verhindern scheint vorerst, zumindest auf Parteebene gesichert (wie die Parteimitglieder und Wähler am 24. April abstimmen und ob sie den Empfehlungen folgen werden, bleibt abzuwarten). Staatspräsident Emmanuel Macron dankte den Kandidaten ausdrücklich für die Wahlempfehlungen. Ihm scheint jedoch auch bewusst zu sein, dass er nicht den Fehler von Jaques Chirac von 2002

wiederholen darf. Dieser wurde mit Stimmen anderer Parteien zum Staatspräsidenten gewählt; bot jedoch im Nachgang weder bei Regierungsbildung noch bei der Konstituierung der Nationalversammlung Allianzen an, die deutlicher die Bandbreite der Wählermeinungen wiedergespiegelt hätten. Am Wahlabend des ersten Wahlgangs betonte Emmanuel Macron bereits, dass er den anderen Parteien die Hand reichen würde, denn es ist derzeit offen, ob die En Marche-Bewegung bei den Parlamentswahlen eine eigene Mehrheit gewinnen kann. Diese hat die Bewegung bereits in der letzten Legislatur verloren und war auf Bündnisse mit anderen politischen Kräften der Mitte (Agir, MoDem) angewiesen. Als neue Bündnispartei hat sich 2022 die neugegründete Partei des ehemaligen Premierministers Edouard Philippe ins Spiel gebracht. Es besteht somit jedoch die konkrete Gefahr, dass sich die Nationalversammlung ab Juni nach den Parlamentswahlen vorrangig aus Parlamentariern der extremen Linken und Rechten und einem Bündnis aus Mitte-Parteien zusammensetzen wird. Diese Aufstellung wird den politischen Diskurs in Frankreich noch mehr verschärfen. Bei seiner Rede am Wahlabend des 2. Wahlgangs 2017 vor dem Louvres betonte Staatspräsident Emmanuel Macron, dass er „in den kommenden fünf Jahren alles dafür tun (wird), damit es keinen Grund mehr dafür gibt, für die extremen Ränder zu stimmen“. Mit diesem Versprechen ist er deutlich gescheitert.

Schlaglicht 6

Nach der Wahl ist vor der Wahl II: Die Ergebnisse der Parlamentswahlen geben ein erstes Indiz für die Präsidentschaftswahlen 2027, die sich noch desaströser darstellen könnten. Vieles wird davon abhängen, welcher Kandidat sich als Vertreter der politischen Mitte etablieren kann.

Staatspräsident Emmanuel Macron kann aus verfassungsrechtlichen Gründen kein drittes Mandat antreten. In der En Marche-Bewegung ist derzeit kein „natürlicher“ Nachfolger des französischen Staatspräsidenten auszumachen. Der ehemalige Premierminister Edouard Philippe mit seiner neugegründeten Partei Horizons wird derzeit als aussichtsreichster Politiker gehandelt, der die politische Mitte hinter sich sammeln kann. Es bleibt jedoch zu beobachten, inwiefern der verschärfte politische Diskurs in Frankreich die Ränder weiter stärken und 2027 als wahres Schicksalswahljahr für Europa in die Geschichte eingehen wird.